

Unser Südwesten

Das Bezirksmagazin der
FDP Steglitz-Zehlendorf

Nr. 3 / 19. Februar 2020



Steglitz-Zehlendorfs Schulen wettbewerbsfähig machen!

Weil wir nicht mit Reinickendorf, sondern mit Estland, Japan und Kanada konkurrieren

Dass unsere Schulen vielerorts ein bauliches Defizit haben, ist bekannt. Doch längst reicht es nicht mehr aus, nur die Mauern und Schultoiletten in einem vorzeigbaren Zustand zu halten. Digitale Kompetenzen gewinnen immer mehr an Bedeutung, aber auch dahingehend sind unsere Schulen nicht ausreichend ausgestattet. Dabei liegen die finanziellen Starthilfen bereit. Das Problem: Ein Hin und Her an Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Land und Bezirk.

Im Mai vergangenen Jahres startete der Digitalpakt Schule. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung geht von 500 Euro aus, die pro Schüler mehr investiert werden können. Wie Ende Januar bekannt wurde, sind von den bereitgestellten 5,55 Milliarden Euro aber erst 20 Millionen abgerufen worden. Auch das Land Berlin hat bisher kaum Gelder beantragt.

„Wenn wir möchten, dass unsere Kinder auch in Zukunft im weltweiten Wettbewerb mit besten Ideen und Fähigkeiten überzeugen, dann müssen heute Taten folgen“, fordert Lars Rolle, schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Die Mittel aus dem Digitalpakt müssen zügig, gezielt und unbürokratisch an den Schulen ankommen. Auch bedarf es einer umfassenden IT-Betreuung an den Schulen sowie einer Unterstützung und Beratung der Lehrkräfte. Um ein Lernen auf Spitzenniveau zu gewährleisten, müssen endlich alle Stellen anfangen, an einem Strang zu ziehen.

Das „Digital Gate“ an der Wilma-Rudolph-Schule steht exemplarisch für den digitalen Stillstand



Lernen für eine gute Zukunft: Dafür bedarf es vor allem optimaler technischer Bedingungen. Doch genau daran hapert es an den Schulen unseres Bezirks.

an Schulen in unserem Bezirk: Seit eineinhalb Jahren stellt sich das Vorhaben, einen Anschluss zur Schule zu legen, als schwierig dar. Der Bedarf wurde ordnungsgemäß gemeldet, die Gelder sind da, die Leitungen liegen in der Straße – aber es passiert nichts!

Hier ist das Bezirksamt am Zug, denn es muss den Schulen eine leistungsstarke Netzanbindung und die nötige Infrastruktur bereitstellen. Ziel muss es sein, allen Schulen in Steglitz-Zehlendorf bis zum Jahr 2021 einen Breitbandanschluss mit mindestens 1000 Mbit/s zur Verfügung zu stellen. Außerdem bedarf es einer modernen digitalen Ausstattung, um für die

Schüler eine optimale Lernumgebung zu schaffen. „Leider aber geschieht nichts dergleichen“, moniert Lars Rolle. „Bund, Land und Bezirk schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu, lassen die Schulen mit überbordenden bürokratischen Anträgen allein. Keiner weiß, wie der aktuelle Stand in den einzelnen Schulen ist. Es gibt keine Bestandsaufnahme und auch keinen Zeit- und Maßnahmenplan.“



Lars Rolle
ist Fachsprecher für Schule der FDP-Fraktion Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen ihn per E-Mail an rolle@fdp-bvv.de

Dank FDP: Mehr Personal für die „Schottenburg“

Jugendfreizeiteinrichtung soll wieder öffnen und attraktivere Angebote machen

Ist es endlich soweit? Nach acht Jahren scheint ein Sanierungsende in der Jugendfreizeiteinrichtung (JFE) im Brittdorfer Weg an der Schneckenbrücke in Sicht. Steglitz-Zehlendorfs kleiner BER, wie ihn der jugendpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Kay Heinz Ehrhardt aufgrund des langjährigen kostenintensiven Umbaus schon nannte, soll den Jugendlichen im Kiez endlich wieder voll zur Verfügung stehen.

Den Bestrebungen des Bezirksamts, das bereits mehr eigenes Personal für die JFE plante und die Arbeit der freien Träger unzureichend finanzieren wollte, setzten sich die Freien Demokraten entschieden entgegen. Es ging viel-



Das Ende der Sanierung der JFE Schottenburg ist in Sicht. Nun geht es darum, das Haus mit Leben zu füllen.

mehr um die Frage, wie die Aktivitäten des Jugendamtes mit den Angeboten der freien Träger koordiniert und vor allem finanziert werden können. „Wir brauchen keine Verwaltungsmitarbeiter in der Schottenburg, sondern mehr qualifiziertes Personal, das mit den Kindern und Jugendlichen arbeitet“, so Kay Heinz Ehrhardt und fordert, bei einer Ausschreibung dem freien Träger ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, um längere Öffnungszeiten der Jugendfreizeiteinrichtung zu ermöglichen. „Eine Öffnungszeit von zwei oder drei Stunden pro Tag wie bisher, ist sicherlich kein attraktives Angebot für Jugendliche.“

1,5 Stellen sollen dem Träger nun durch die öffentliche Hand finanziert werden. Ein kleiner Erfolg für die FDP-Fraktion und die Jugendlichen im Quartier rund um den S-Bahnhof Sundgauer Straße, das, wie die jüngste Sozialraumanalyse zeigt, auch in den kommenden Monaten verstärkter Initiativen für die Jugend bedarf.



Kay Heinz Ehrhardt
ist Fachsprecher für Jugendhilfe der FDP-Fraktion Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen ihn per E-Mail an ehrhardt@fdp-bvv.de

Liebe Leserinnen und Leser des FDP-Bezirksmagazins „Unser Südwesten“,

seit den Geschehnissen rund um die Ministerpräsidentenwahl am 5. Februar in Erfurt scheint nichts mehr an seinem Platz zu sein. „Du kannst nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und so tun, als sei nichts geschehen.“ – diese Gedanken ließen mich an den Tagen danach nicht mehr los. Der politische Sturm der Entrüstung und des Entsetzens hat auch uns Freie Demokraten in Steglitz-Zehlendorf durcheinander gewirbelt.

Vom Schachspiel her weiß ich, man sollte weiter als zum nächsten Zug denken, den gegnerischen Zug abschätzen und abwägen, um zumindest ein Remis zu erzielen. Dies ist in Erfurt nicht erfolgt – zumindest scheint es aus heutiger Sicht so. Die Partie ging verloren, obwohl sie „gewonnen schien“. Verloren hat das Ansehen der Demokratie, denn es gab keine Mehrheit ohne das Wahlversprechen zu brechen, die rot-rot-grüne Regierung nicht zu wählen und sich von der AfD nicht unterstützen zu lassen.

Noch am 27. Januar haben wir an der Brücke Wismarer Straße der Befreiung des KZ Auschwitz vor 75 Jahren gedacht. Heute, nach Erfurt, müssen wir Freien Demokraten uns zurecht fragen: Wofür stehen wir? Das Grundgesetz, der Rechtsstaat, größtmögliche Freiheit und die Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft, das sind seit jeher meine Antriebe. Dabei ist die Geschichte des „Dritten Reiches“ mit der Shoa und den verheerenden Auswirkungen des 2. Weltkrieges in meinem Kopf wie in meinem Herzen verankert.

Unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung besteht aus Menschen, die sich bemühen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Wir wollen nicht klassenkämpferisch oder ideologisch agieren, sondern rechtsstaatlich und mit größtmöglichem Freiheitsdenken das Suchen nach einer Entscheidung betreiben.

Mit diesem Ansinnen, bitte ich Sie, werte Leserinnen und Leser, diese Seiten der FDP in Steglitz-Zehlendorf zu lesen. Bitte bleiben Sie uns, so es Ihnen möglich ist, gewogen.

Ihre Mathia Specht-Habbel



Mathia Specht-Habbel
ist Vorsitzende der FDP-Fraktion Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen Mathia Specht-Habbel per E-Mail an specht-habbel@fdp-bvv.de

MEHR BARRIEREFREIHEIT

Unser Bezirk – oft einfach unerreichbar

Steglitz-Zehlendorf ist der Bezirk mit den meisten Menschen über 65 Jahren. Er ist besonders gefordert, deren Belange im Blick zu haben. Doch der Südwesten ist wahrlich kein Trendsetter in Sachen Barrierefreiheit. Damit sind nicht allein die fehlenden oder ständig defekten Aufzüge im ÖPNV gemeint. In Berlin sind 3200 von 6000 Bushaltestellen nicht barrierefrei, davon viele in Steglitz-Zehlendorf. Hier sind die Bezirksämter für den Umbau verantwortlich und das Ende der Umrüstungen liegt bei zehn pro Jahr noch Jahrzehnte in der Zukunft. Zum Thema Barrieren gehört aber auch der Zustand vieler Bürgersteige, die für Rollatoren oft unpassierbar sind, oder die fehlende Beleuchtung in Grünanlagen, die gerade in der dunklen Jahreszeit Senioren und Menschen mit Handicap ausbremsen. Hier muss der Bezirk endlich mehr Engagement und vor allem mehr Geld aufbringen.



Thomas Seerig (MdB) ist Vorsitzender der FDP Steglitz und Sprecher für Soziales, Behinderten- und Pflegepolitik der Abgeordnetenhaus-Fraktion. Sie erreichen Thomas Seerig unter seerig@fdp-steglitz.de

ANTRAG DER FDP

Nach wie vor ist nicht sichergestellt, dass gesetzliche Vorschriften zum barrierefreien Bauen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf eingehalten werden. Daher hat die Fraktion der Freien Demokraten im Januar einen Antrag in die BVV eingebracht, in dem das Bezirksamt aufgefordert wird, Sachverständige für Barrierefreiheit zu ernennen und diese bei sämtlichen baulichen Planungsaufgaben verbindlich anzuhören und einzubeziehen.

Zehlendorfs Zentrum: Tor zur Großstadt?

Die Aufgaben der nächsten Jahre sind gewaltig, Bezirksamt steht aber ohne schlüssiges Konzept da

Schon lange möchte man die Zehlendorfer Mitte attraktiver gestalten. Auch für die Fraktion der FDP in der BVV Steglitz-Zehlendorf ist das ein wichtiges Thema. Das Bezirksamt verschläft die Entwicklung seit mehr als zehn Jahren. Nun stehen große Veränderungen an. Es müssen Entscheidungen getroffen werden. Die Fraktion der FDP sucht den offenen Bürger-Dialog.

Der Bereich zwischen der Zehlendorfer Welle im Norden an der Clayallee über die Kreuzung Berliner Straße/Potsdamer Straße, entlang des Teltower Damms, geprägt durch das Rathaus an der Ecke Kirchstraße bis hin zur Mühlenstraße im Süden hinter der Brücke am S-Bahnhof, vorbei an der Machnower Straße, wird von den meisten als Zehlendorfs Zentrum wahrgenommen. Dabei ist der Ursprung Zehlendorfs als Straßendorf bis heute gegenwärtig. Hier treffen die Nord-Südverbindung Charlottenburg – Teltow wie auch bis heute die B1 als West-Ostverbindung von Potsdam nach Berlin aufeinander.

Was einst zum Aufstieg Zehlendorfs führte, erweist sich heute jedoch als große Bürde. Der Bereich um die alte Dorfaue erstreckt sich im Durchgangsverkehr. Hinzu gesellen sich Nutzer des ÖPNV am S-Bahnhof, ob Zehlendorfer oder Pendler, auf den Weg in „die Stadt“ mit der S-Bahnlinie 1. Dabei bietet die Infrastruktur im Bezirk kaum Ausweichmöglichkeiten, die zu einer deutlichen Entlastung dieses Bereichs führen können.

Der stark zugenommene Durchgangsverkehr ist eines der Hauptprobleme in Zehlendorfs Mitte. Doch sinnvolle Konzepte zu deren Lösung fehlen weiterhin.



Die Aufgaben der nächsten Jahre sind gewaltig. Der Bezirk plant einen Rathaus-Neubau: Der denkmalgeschützte Teil des Rathauses bleibt erhalten, aber die sonstigen Gebäude der Verwaltung werden durch Neubauten ersetzt. Die Brücken am S-Bahnhof sind derzeit nur Provisorien. Sie werden ersetzt. Dabei soll der gesamte Brückenbereich neu gestaltet werden. Für den S-Bahnhof sind zwei weitere Zugänge geplant. Einer davon am Postplatz, der zeitgleich zum Verweilbereich ausgestaltet werden und den Weg zur Machnower Straße kürzer und sicherer machen soll.

Das ansässige Gewerbe braucht Laufkundschaft, Kundenparkplätze und Raum für Lieferfahrzeuge. Eine Bürgerinitiative, die die Aufenthalts-

qualität in Zehlendorfs Mitte erhöhen und einen eher dörflichen Charakter herausstellen möchte, steht dazu im Widerspruch. Das Bezirksamt und auch die schwarz-grüne Zählgemeinschaft schweigen dazu und verlieren sich stattdessen in Zuständigkeitsfragen. Eine zielgerichtete Kommunikation findet nicht statt.

Die Einrichtung einer kleinen Fußgängerzone ist aktuell gescheitert. Selbst der bereits vor Jahren in der BVV beschlossene oben schon genannte S-Bahn-Zugang zwischen Postplatz und Machnower Straße scheint nun in Frage zu stehen, weil nicht klar ist, wer die bauliche Bestellung auslöst. In der Planung der Bahn ist dieser wichtige Zugang daher aktuell nicht einmal berücksichtigt.

Zehlendorfs Mitte stehen massive Veränderungen bevor. Die geplanten Bauarbeiten werden sehr bald beginnen. Ein städtebauliches Entwicklungskonzept sucht man jedoch vergebens, eine aktive Bürgerbeteiligung findet nicht statt. Ideen, wie sich der drohende Verkehrskollaps verhindern lässt, gibt es nicht. Konzepte zur gewerblichen Zukunft des gesamten Einzugsbereichs: Fehlangelegenheit! Gelder, die die FDP-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Erstellung eines Konzepts zur Entwicklung der Zehlendorfer Mitte einstellen wollte, wurden verweigert. Mit einem „Antrag zur Entwicklung von Zehlendorf-Mitte“, der im Februar beraten wird, setzt sich die FDP-Fraktion aber weiter für die Entwicklung des Stadtteils ein.

Investor lässt die Katze aus dem Sack

Kranoldkiez: Ferdinandmarkt soll – wie oft befürchtet – überbaut werden

Seit die FDP vor einem Jahr die Anliegen der Anwohner, inhabergeführten Läden, Arztpraxen und Dienstleister bezüglich des neuen Investors am Ferdinandmarkt auf die Agenda setzte, sind die Entwicklungen im Kranoldkiez ein Dauerthema im Stadtplanungsausschuss.

Wie der Ausschuss nun erfuhr, reichte der Investor im Dezember beim Bezirksamt einen offiziellen Bauantrag für den Ferdinandmarkt ein. Dieser sieht zu der bereits bestehenden Überschreitung der Geschossflächenzahl (GFZ) um 300 Prozent eine weitere Erhöhung vor. „Diese drastische Steigerung der GFZ war für viele im Stadtplanungsausschuss eine unangenehme Überraschung, denn der Ferdinandmarkt ist jetzt schon überbaut. Für die ansässigen Händler dürfte dies das Ende bedeuten“, sagt Mathia Specht-Happel, die seit vergangener Frühjahr mit den Anrainern im regelmäßigen Austausch steht.

Bisher kann von Transparenz in der Sache keine Rede sein. Gemeinsam mit der Bürgerinitiative fordert Specht-Happel daher, Investor und



Die Zukunft des Ferdinandmarkts ist ein Dauerthema im Bezirk. Befürchtungen, dass der Investor die Überbauung plant, scheinen sich nun zu bewahrheiten.

Bezirk sollen endlich offen darlegen, was genau sie vor Ort planen. Denn auch wenn der zuständige Stadtrat momentan die Mitglieder des Stadtplanungsausschusses beschwichtigt, das Bauvorhaben müsse konform zum

Bebauungsplan sein, so gibt es doch auch Möglichkeiten, von Bebauungsplänen abzuweichen. Die sogenannte Befreiung von Festsetzung wird durch §31 des Baugesetzes möglich, wenn dies „städtebaulich vertretbar ist“.

Grunewaldseengebiet entwickeln und erhalten

Arbeitsgruppe der BVV macht erste Fortschritte

Alle in der BVV vertretenen Parteien hatten vor den letzten Wahlen gefordert, dass sich am Schlachtensee und an der Krummen Lanke etwas tun muss.

Die verschiedenen Interessengruppen von Erholungssuchenden über Radfahrer, Badende oder Hundebesitzer und Heranwachsende, die die beiden Seen als nächtlichen Treffpunkt auserkoren haben, waren nicht unter einen Hut zu bringen. Nachdem das vormalige Bezirksamt, vertreten durch eine Stadträtin der Grünen, auch noch durch ein Hundeverbot selbst für Unmut bei der Bevölkerung gesorgt hatte, bestand erheblicher Handlungsbedarf.

Nach der Wahl 2016 hat sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der BVV gebildet: Ziel ist es, die Probleme möglichst parteiübergreifend zu lösen. Nach einer Bestandsaufnahme, für die die AG die Polizei, Parkläufer, das Ordnungsamt und weitere Stellen angehört hat, und nach Durchführung einer gut besuchten Anwohnerveranstaltung in Schlach-

tensee, beginnt jetzt die Umsetzungsphase, wobei der Bürger-Dialog zusätzlich neue Erkenntnisse zu den bearbeiteten Themen brachte.

Fazit war ein Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger: Die Seen sind für alle Berlinerinnen und Berliner da. Sie wollen keine Exklusivität für Zehlendorfer, aber fordern, dass die Seen auch für nachfolgende Generationen erhalten bleiben. Sorgen wegen Bodenerosion, zurückgehender Untergehölze, immer mehr und immer neue Trampelpfade beschäftigen die Menschen vor Ort. „Wir haben im Januar einen ersten Antrag gemeinsam in die BVV eingebracht, dem weitere folgen und das Bezirksamt auffordern, die erörterten Themen wie Sauberkeit, Lärm, einheitliche und leicht verständliche Hinweisschilder abzurufen“, sagt Breidenbach.



Rolf Breidenbach ist Fachsprecher für Grünflächen, Umwelt und Bürgerbeteiligung der FDP-Fraktion in der BVV. Sie erreichen ihn per E-Mail an breidenbach@fdp-bvv.de

Unser Bezirk kompakt

**Leonorenstraße:
Dieselfahrverbot verhindert!**

Erste Fahrverbote für Dieselfahrzeuge wurden in Berlin bereits Realität. Dass trotz Ankündigung die Leonorenstraße nicht darunter ist, ist der Hartnäckigkeit der FDP-Fraktion in der BVV zu verdanken. Durch ihre Anträge und Anfragen, gepaart mit einer konsequenten Ausschussarbeit, machte die Fraktion deutlich, dass sie eine solche Maßnahme stets auf ihre Sinn- und Rechtmäßigkeit hinterfragen wird. Der Senat beließ es in der Leonorenstraße vorerst bei der Anordnung von Tempo 30.

**Gesellschaftliche Teilhabe
auch für Schwerstkranke**

Personal- und Sachleistungen für Schwerstkranken sind oft mangelhaft aufeinander abgestimmt. Hier koordinierend einzugreifen und unbürokratisch dem Kranken ein Stück Lebensqualität zu erhalten, ist ein Akt der Menschenwürde und somit unmittelbare Aufgabe sozialstaatlicher Fürsorgepflicht. Die FDP fordert daher eine zentrale Stelle für Mobilitätshilfedienste im Bezirk. Diese soll vermitteln und sicherstellen, dass das Angebot an solchen Diensten bedarfsgerecht ausgestaltet ist und grundsätzlich jeder Bedürftige unabhängig von Alter und Geschlecht bei Bedarf über diese verfügen kann.

**FDP für Anmietung
eines Konzertsaaus**

Seit geraumer Zeit ist die Leo-Borchard-Musikschule auf der Suche nach Konzertsälen im Bezirk. Dass selbst der BVV-Saal an seine Kapazitätsgrenzen kommt, zeigte sich beim diesjährigen Neujahrskonzert der Musikschule: 80 Personen fanden keinen Platz mehr. Die FDP hatte bereits im Dezember angeregt, in der Zwischenzeit einen passenden Saal zu mieten. In ihrem Antrag fordern die Freien Demokraten das Bezirksamt auf, zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Musikschule den Konzertsaal der Siemensvilla im Lankwitzer Komponistenviertel nutzen könnte. Die Anfang des 20. Jahrhunderts erbaute Villa verfügt über einen Konzertsaal mit 400 Plätzen. Der Ausschuss für Bildung und Kultur empfahl nun einstimmig der BVV die Annahme des Antrags.

**Wie geht es bei
Parks Range voran?**

Das Bezirksamt kommt bei der Überarbeitung des Bebauungsplanentwurfs für das Areal des ehemaligen US-Truppenübungsplatzes in Lichterfelde Süd nur langsam voran. Die Vorlage über die Beteiligung Träger öffentlicher Belange offenbart noch zu viele offene Punkte bis zur Fertigstellung des Bebauungsplans. Unklarheit herrscht vor allem, da neue Gutachten zu Verkehr und Lärmschutz noch ausstehen. Aus Sicht der FDP sind diese abzuwarten, da sich daraus noch neue Erkenntnisse ergeben können. Vor allem der Schulstandort hängt vom noch ausstehenden Lärmgutachten ab. Der B-Plan schließt zwar nicht das Bahngelände ein, doch sollte bezüglich eines südlichen S-Bahn-Zugangs zudem zeitnah eine Verständigung mit der Bahn hergestellt werden, damit dieser bald verwirklicht werden kann.



Der Containerstandort am Hohentwielsteig soll länger zur Flüchtlingsunterbringung genutzt werden, als ursprünglich geplant war.

„Wir brauchen ein bezirkswieites Gesamtkonzept für die Flüchtlingsunterbringung“

Gerechter Ausgleich zwischen Anwohnern und Flüchtlingen im Bezirk vonnöten

In der Frage der Flüchtlingsunterbringung liefern sich der rot-rot-grüne Senat und der Bezirk seit Monaten ein Hin und Her an Zuständigkeitsgeplänkel. Die Anliegen von Flüchtlingen und Anwohnern bleiben auf der Strecke.

„Dieses würdelose Pingpong-Spiel zwischen Senat und Bezirk ist ein flüchtlingspolitischer Offenbarungseid“, sagt Sebastian Czaja, Vorsitzender des FDP-Bezirksverbands Steglitz-Zehlendorf, und fordert vom Senat und dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf, endlich ein bezirkswieites Gesamtkonzept für die Flüchtlingsunterbringung vorzulegen. Dieses sollte insbesondere den Problemen an den Standorten Heckeshorn, Osteweg und Dahlemer Weg gerecht werden. Bei dem Unterbringungskonzept müsse es darum gehen, sowohl die Interessen der Flüchtlinge als auch die Interessen der betroffenen Anwohner angemessen zu berücksichtigen.

Für die Flüchtlinge komme es insbesondere darauf an, dass die Unterbringung eine erfolgreiche Integration überhaupt möglich mache, so Czaja. Dafür muss ein Kriterienkata-

log erarbeitet werden, der unter anderem Punkte wie soziale Infrastruktur, Schule, ärztliche Versorgung und Verkehrsanbindung enthält.

Was die Anwohner betreffe, gehe es nicht an, dass noch nicht einmal ein Mindestmaß an echter Bürgerbeteiligung eingehalten werde. „Man hat den Eindruck, dass vor allem die Bauensoratorin nach dem Motto verfährt: Augen zu und durch! Von Regierungsseite wird nicht einmal der geringste Versuch unternommen, an den Standorten zu Kompromissen zu kommen.“ Gleichzeitig forderte Czaja, dass bei

der Bedarfsrechnung für die Flüchtlingsunterbringung mit offenen Karten gespielt werde und kritisierte die Praxis in Berlin, dass ausreisepflichtige Ausländer nicht abgeschoben würden: „Das ist ausgesprochen unsozial, da diese Menschen anerkannten Flüchtlingen die Plätze wegnehmen.“



Sebastian Czaja (MdB)

ist Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und Vorsitzender des Bezirksverbands Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen ihn per E-Mail an info@sebastian-czaja.de

Wie kann das Alliierten Museum den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht werden?

FDP-Bundestagsabgeordneter Hartmut Ebbing spricht sich für ein zukunftsträchtiges Konzept aus

2015 beschloss der Bundestag den Umzug des Alliierten Museums in das Gebäude des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Zu schlecht sei die Anbindung und zu gering der Platz für Erweiterungsbauten in Dahlem. Bereits heute platzt der Standort „Outpost“ in der Clayallee aus allen Nähten und zahlreiche Exponate mussten in externen Depots ausgelagert werden. Mittlerweile ist die damals für den Umzug bereitgestellte Summe aber zu niedrig, um diesen zu realisieren.

„Der Flughafen Tempelhof ist ein spannender und zweckdienlicher Ort, um die Geschichte der Westalliierten in Berlin zu erzählen“, findet Hartmut Ebbing, Bundestagsabgeordneter für Steglitz-Zehlendorf, sieht aber auch die Bedeutung für den Bezirk: „Der Verlust ist für den ohnehin kulturell schon ausgebluteten Bezirk natürlich schmerzhaft,



Das Alliierten Museum an seinem angestammten Standort in Dahlem.

aber wie kann das Museum in seiner jetzigen Form den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht werden?“

Das Alliierten Museum hat seit fast 20 Jahren keine nennenswerten Investitionen erfahren. Eine vom Museum in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie stellte fest, dass der Umzug nach Tempelhof die Besucherzahlen von derzeit knapp 70.000 auf bei-

nahe 300.000 Personen steigern könnte. Des Weiteren gelte es, gerade in Zeiten, in denen die Beziehungen zu Großbritannien und den USA angespannt sind, eine Brücke zu bauen und an die historisch gewachsene transatlantische Verbundenheit zu erinnern. Ein neues, zentrales Museum wäre ein idealer Brückenbauer in diesem Sinne, so Ebbing. Ob in den derzeitigen Räumlichkeiten, an denen

auch die Dahlem-Route vorbeiführt, in Zukunft ein Erinnerungsort für die US-Alliierten entstehen könnte, müsste der Bezirk prüfen.



Hartmut Ebbing (MdB)

vertritt Steglitz-Zehlendorf im Bundestag und ist dort kulturpolitischer Sprecher der FDP. Sie erreichen ihn per E-Mail an hartmut.ebbing@bundestag.de

In der Stadt der Zukunft sind die unterschiedlichen Verkehrsmittel gleichberechtigt vorhanden und intelligent vernetzt.



Die Mobilität der Zukunft darf keine Wende sein

Ein moderner Verkehrsmix sollte kein Verkehrsmittel verteufeln

Wer wendet, bewegt sich zurück. Die Mobilität der Zukunft darf kein Rückschritt sein! Sie muss sich dadurch auszeichnen, dass die vorhandenen Verkehrsträger durch technischen Fortschritt und intelligente Vernetzung leistungsfähiger und umweltverträglicher werden. Dabei liegt der Schlüssel in der Akzeptanz. „Umerziehung“ zugunsten eines Verkehrsträgers führt nicht zum Ziel.

In Steglitz-Zehlendorf bleibt das Auto für uns ein wichtiger Verkehrsträger. Es hat sich über einen langen Zeitraum als Verkehrsmittel durchgesetzt und die vorhandene Infrastruktur ist ein Ausdruck des Bedürfnisses nach individueller Mobilität. Wir möchten diese bewährte Infrastruktur als einen wesentlichen Teil eines modernen Verkehrsmixes erhalten und weiterhin optimieren. In Fragen der Antriebstechnologie blei-

ben wir ausdrücklich offen. Wir fordern von den Verantwortlichen im Bezirk jedoch eine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge und durch konsequente Nutzung solcher Fahrzeuge der Vorbildfunktion gerecht zu werden.

Auch wir wollen ein fahrradfreundliches Steglitz-Zehlendorf. Das Fahrrad erfüllt jedoch weder die Anforderungen an eine barrierefreie Gesellschaft, noch lassen sich alle Transportaufgaben mit ihm bewältigen. Das Fahrrad ist ein wichtiger Verkehrsträger, der aber nur eine Ergänzung im Verkehrsmix sein kann. Es erfüllt vor allem seine Funktion in



Andreas Thimm ist Fachsprecher für Verkehr der FDP-Fraktion Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen ihn per E-Mail an thimm@fdp-bvv.de

der Nahversorgung. Wir fordern daher einen Ausbau der vorhandenen Radwege zum Beispiel zu den Schulen, zu den Naherholungs- und Versorgungszentren, sowie den Schnittpunkten zum ÖPNV inklusive gesicherter Abstellmöglichkeiten. Rad-schnellwege als exklusive Schneisen oder eine generelle Neuverteilung des öffentlichen Raums zugunsten des Fahrrades lehnen wir ab.

Als Außenbezirk braucht Steglitz-Zehlendorf einen verlässlichen Öffentlichen Personennahverkehr. Wir fordern den Ausbau der U-Bahn und die Reaktivierung der Stammbahn. P+R Parkplätze im Speckgürtel, optimierte Fahrpläne der S-Bahn und eine attraktive Tarifstruktur würden den Bezirk merklich entlasten. Bus-verkehre sind bedarfsgerecht zu planen und Umsteigemöglichkeiten zu optimieren. Das Angebot von Sammel-taxis, zum Beispiel der BerlKönig,



ist auszuweiten und auch in den Randzeiten nutzbar zu machen.

Steglitz-Zehlendorf ist ein lebendiger Außenbezirk mit über 300.000 Menschen. Durch die vielen Grünflächen und die offene Bebauung bietet er bereits eine hohe Aufenthaltsqualität. Die bezirklichen Verkehrsachsen dienen daher traditionell als reine Verbindungsstrecken. Anders als in den Innenbezirken ist ihre Nutzung primär auf das Bedürfnis nach individueller Mobilität ausgerichtet. Diesen existenziellen Bestandteil des bezirklichen Lebensmilieus wollen wir ausdrücklich bewahren.



Weiterführende Infos zum Thema Mobilität finden Sie unter <https://www.fdp-bvv.de/mobilitaet/>

WIE GEHT E-MOBILITÄT?

Wenn zwei Stadträte sich nicht einig werden

Soll der Bezirk Steglitz-Zehlendorf den Klimanotstand ausrufen? Dies ist gegenwärtig ein Thema in allen Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung.

Mit einem solchen Beschluss wird jedoch kein Gramm CO₂ eingespart, aber viel Papier verbraucht. Die Freien Demokraten wollen dagegen schnelle, praktische und sichtbare Lösungen für unseren Bezirk. In den Haushaltsberatungen wurde über die Anschaffung von E-Autos debattiert. Verkürzt gesagt, weil sich die beiden zuständigen Stadträte nicht einig sind, ob zuerst die Lademöglichkeiten für diese Autos geschaffen werden müssen, bevor das Ordnungsamt mit neuen Autos ausgestattet wird oder umgekehrt, hat sich in der Sache nichts getan. Dieses Zuständigkeitsgerangel muss ein Ende haben! Der Bezirk soll so schnell wie möglich eine Vorbildfunktion übernehmen und nur noch schadstofffreie Autos nutzen. Dies wäre ein sichtbarer Beitrag zur CO₂-Reduktion im Berliner Südwesten.



be emobil?: Ob man zuerst die Ladestationen oder doch die E-Autos anschafft, darüber streitet man im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf.



Ehrgeiziges Ziel: 1000 wärmende Schlafsäcke will die Freie Demokratische Wohlfahrt an Obdachlose verteilen.

Werden auch Sie Schlafsack-Pate!

Spendenaufwurf: FDW engagiert sich berlinweit in der Kältehilfe

Obdachlosigkeit in Berlin ist inzwischen ein äußerst prekäres Problem: Jeder, der zumindest mit halbwegs offenen Augen durch die Bezirke läuft, wird regelmäßig mit Menschen konfrontiert, die nicht nur auf der Straße leben, sondern aufgrund unterschiedlicher Gründe selbst während des Winters im Freien schlafen.

Die Freie Demokratische Wohlfahrt e.V. (FDW) hat im vergangenen Win-

ter über 700 Schlafsäcke und Isomatten an Obdachlose in Berlin bringen können. Für die Kälteperiode 2019/20 hat Andrea Spangenberg, Bürgerdeputierte in Steglitz-Zehlendorf und Vorsitzende der FDW, das ehrgeizige Ziel von je 1000 Schlafsäcken und Isomatten ausgegeben.

Wer unterstützt die FDW bei diesem ehrgeizigen Ziel und möchte Wärme spenden? Mit einer Spende von 40 Euro ist es möglich, einen obdachlo-

sen Menschen mit einem Schafsack, der Temperaturen bis zu minus 23 Grad standhält, und einer Isoliermatte auszustatten. Die Schlafsäcke und Isomatten werden gemeinsam mit den Trägern der Berliner Kältehilfe und den ehrenamtlichen Helfern der FDW direkt an Obdachlose verteilt.

Spendenkonto: FDW e.V.
IBAN: DE54 1002 0500 0003 1056 10
BIC: BFSWDE33BER
Stichwort: Schlafsack

Soll Schlachtensee ein anerkannter Ortsteil werden? Freie Demokraten unterstützen Bürgerinitiative

Um die Identifikation der Schlachtenseerinnen und Schlachtenseer mit ihrem Wohnumfeld zu stärken, soll Schlachtensee unter anderem auf Straßenplänen und in Dokumentationen sichtbar werden.

Per Einwohnerantrag will die Bürgerinitiative einen Beschluss der BVV

darüber herbeiführen. Die notwendigen 1000 Unterschriften wurden bereits gesammelt. Bei einem eher lokalen Thema diese Unterstützung zu erfahren, verdient höchste Anerkennung. Wir Freien Demokraten haben das Projekt von Anfang an unterstützt. Es ist nicht nur ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement, sondern auch gelebter Demokratie von unten.

Online mehr erfahren: www.fdp-bvv.de

Impressum

Herausgeber: FDP-Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
c/o Sebastian Czaja, Landesgeschäftsstelle der FDP Berlin,
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin, Telefon: (030) 27 89 59-0

Redaktion: Sebastian Czaja (V.i.S.d.P.); E-Mail: info@sebastian-czaja.de,
Mathia Specht-Habbel, Katharina Concu

Fotoquellen: über AdobeStock: S.1: Schule: Pixel-Shot; S.4: Schild: AK-DigiArt,
Schlafsack: leodaphne, Grafik: Solveig • Ortsteile Seite 1: Bautsch / Public Domain;
A.Savin / Wikimedia Commons; Muns / Wikimedia Commons
alle anderen: Katharina Concu/FDP-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf

Verlag: Berliner Wochenblatt Verlag GmbH, Wilhelmstraße 139, 10963 Berlin
Tel.: (030) 887 277 100, Layout und Gestaltung: Peter Erdmann

Druck: Axel Springer SE, Druckhaus Spandau, Auflage: 132.240 Exemplare

Freie Demokraten
FDP